Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 114 | Dresden, Mittwoch den 19. Mai 1926 | 37. Jahrg.

Rüstet zum Volksentscheid!

Am Sonntag dem 20. Juni findet die Volksabstimmung in der Frage der Fürstenvermögen statt.

Jetzt hat das Volk das Wort

Fürsten und Rechtsparteien sind in fieberhafter Tätigkeit. Unter Anwendung ungeheurer Opfer suchen sie die Entscheidung in diesem Kampfe zugunsten der Fürsten herbeizuführen. Sie wissen, worum es geht.

Die Republik soll den Fürsten und ihren Handlangern die Mittel zum Kampfe gegen die Republik liefern

Sie führen diesen Kampf für die Wiederherstellung der Monarchie. Die jetzt enthüllten Putschpläne zeigen dem Deutschen Volke, wohin die Reise gehen soll:

Zertrümmerung der Verfassung
Vernichtung der Volksrechte
Aufrichtung der Diktatur

Herrschaft der Standgerichte und des völkischen Terrors sollen die Nacht des Kirchhofs über Deutschland breiten.

12½ Millionen Deutscher haben im Volksbegehren den Volksentscheid gefordert. 12½ Millionen Männer und Frauen bekannten sich im Volksbegehren zur demokratischen Verfassung durch das Volk.

Am 20. Juni findet ein Entscheidungskampf statt zwischen dem demokratischen Deutschland und den wieder sich aufbäumenden Mächten der Vergangenheit.

In diesem Kampfe muß und wird die Demokratie siegen, wenn jedermann seine Pflicht tut.

In Stadt und Land, von Haus zu Haus, in Werkstatt, Arbeit und Büro muß in den folgenden Wochen Aufklärung darüber getragen werden, um was es geht.

Zum Kriegführen gehört Geld!

Deshalb richten wir an alle freiheitlich Gesinnten in den deutschen Landen, vor allem an unsre Genossen und die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten die Mahnung, daß jeder nach seinen Kräften beitragen möge, um den Sieg vorzubereiten. Insbesondere erachten wir es für unsere Pflicht, jene Kreise zur materiellen Hilfeleistung heranzuziehen, die trotz des heutigen Wirtschaftselends dazu noch in erhöhtem Maße in der Lage sind.

Alle Bezirke sind im Besitz von Sammellisten für den Volksentscheid.

Zeichnet auf diese Listen!

Dann wird es gelingen, den Raubzug der Fürsten abzuwehren, der politischen Freiheit, dem wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands die Wege zu ebnen.

Berlin, den 19. Mai 1926.

Der Vorstand der Sozialdem. Partei Deutschlands

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Nachdem der Generalstreik in England beendet ist, schließen wir hiermit die Sammlung zur Unterstützung der englischen Kameraden. Die eingegangenen Gelder ersuchen wir umgehend an die Bundeskasse des ADGB. abzuliefern, damit sie an den IGB. in Amsterdam abgeführt werden können.

Gleichzeitig ersuchen wir die Mitglieder der Gewerkschaften, nunmehr nach Kräften dazu beizutragen, daß die Kosten für den bevorstehenden Volksentscheid rechtzeitig aufgebracht werden.

Berlin, den 19. Mai 1926.

Der Bundesvorstand des ADGB.

Die heutige Regierungserklärung

Reichstagsferien bis 7. Juni

D. **Berlin**, 19. Mai.

Der Reichstag wird in seiner heutigen Sitzung zunächst den Kanzler verabschieden und dann in einer zweiten Sitzung, die eine halbe Stunde nach Schluß der ersten Sitzung beginnen soll, die **Erklärung der Reichsregierung** entgegennehmen. Die Abstimmung über die zu der Regierungserklärung vorliegenden oder noch zu erwartenden Anträge werden ebenfalls noch heute stattfinden, so daß der Reichstag schon abends in die Pfingstferien gehen kann, die bis einschließlich 7. Juni dauern sollen.

Die Erklärung der Reichsregierung umfaßt 5 Schreibmaschinenseiten. Sie beginnt mit einem Loblied auf Dr. Luther, befaßt sich dann mit der Flaggenfrage und betont, daß die Ernennung des Reichspräsidenten möglichst bald durch einen besonderen Ausschuß der Versuch zur Schaffung einer Arbeitsfront gemacht werden soll. In bezug auf die Außenpolitik soll der bisherige Kurs der Verständigung aufrechterhalten werden. Soweit die Innen- bzw. Wirtschaftspolitik in Frage kommt, will die Reichsregierung einen Ausgleich der Gegensätze herbeizuführen versuchen.

Der Reichskanzler wird ausdrücklich feststellen, daß die Flaggenverordnung des Reichspräsidenten bestehen bleibt. Die Sozialdemokratie wird dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegen, durch dessen Annahme die Verordnung des Reichspräsidenten praktisch außer Kraft gesetzt wird.

Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion wird Genosse Hermann Müller die Haltung der Sozialdemokratie zu dem neuen Kabinett begründen. Sie wird vorläufig abwartender Natur sein, und deshalb beabsichtigt die Fraktion, den von kommunistischer und völkischer Seite zu erwartenden Mißtrauensanträgen ihre Zustimmung nicht zu geben. In welcher Form die Regierungsparteien dem Ausdruck das nach der Verfassung erforderliche Vertrauen geben werden, ist vorläufig noch unbestimmt. Eine Entscheidung hierüber ist noch nicht getroffen worden.

*

F. **Paris**, 18. Mai. (Eig. Drahtm.)

Die Ernennung von Marx zum Reichskanzler ist in Frankreich wenig beachtet worden. Die französische Presse begnügt sich mit der Feststellung, daß Marx, infolge seiner politischen Vergangenheit, eine viel stärkere Gewähr für den Schutz der republikanischen Einrichtungen biete als sein unmittelbarer Vorgänger. Die eigentliche Klärung der politischen Atmosphäre werde erst die Volksabstimmung über die Fürstenentschädigung bringen, die ein richtiges Bild von den politischen Strömungen des deutschen Volkes geben werde.

Herr Marx erträumt die Große Koalition

D. **Berlin**, 19. Mai. (Eig. Funkspruch.)

Reichskanzler Marx sprach sich dem Berliner Korrespondenten der Wiener Neuen Freien Presse gegenüber dahin aus, daß die Deutschnationalen voraussichtlich für ein Mißtrauensvotum gegen die neue Reichsregierung stimmen werden. Für diesen Fall erwartet der Kanzler eine positive Unterstützung durch die Sozialdemokratie.

Das Ziel bleibt die Bildung einer festen Mehrheit für die Regierung. Das sicherste Mittel, dieses Ziel zu erreichen, sei die Große Koalition. Diese könne im Augenblick aber nicht erreicht werden. Zunächst beabsichtige er so wenig als möglich Aenderungen vorzunehmen. Auch nicht in der Besetzung der Posten seiner nächsten Mitarbeiter. So bleiben der bisherige Staatssekretär der Reichskanzlei und der Pressechef der Reichsregierung im Amte.

Die Frechheit der Deutschen Volkspartei

Niederlage der Putschfreunde im Preußischen Landtag

D. **Berlin**, 19. Mai.

Mit einer Riesenblamage für die Rechtsparteien endete gestern im Preußischen Landtag die große Aussprache über die hochverräterischen Umtriebe. Auch an diesem Tage versuchte keiner der führenden Deutschnationalen in die Bresche zu springen und sich an der Debatte zu beteiligen. Nur die Deutsche Volkspartei, die über die Haussuchungen bei den ihr nahestehenden Großindustriellen mächtig erbost ist, machte noch einmal einen Angriffsversuch. Dann kam es zur namentlichen Abstimmung über den deutschvolksparteilichen Antrag, der an das Staatsministerium folgende dreiste Zumutung richtet:

1. Den wegen des Verdachts der Beteiligung an hochverräterischen Unternehmungen von polizeilichen Maßnahmen (Haussuchungen usw.) betroffenen Persönlichkeiten, soweit der Verdacht nach dem Ergebnis, insbesondere der Haussuchungen, offenbar unbegründet ist, unverzüglich volle Genugtuung zu gewähren.

2. Die für die Anordnung dieser Haussuchungen verantwortlichen Beamten unverzüglich zur Rechenschaft zu ziehen.

Für den Antrag stimmten 145, gegen ihn 216 Abgeordnete. Die Deutsche Volkspartei hat es mit der namentlichen Abstimmung über ihren Antrag erreicht, **daß der Landtag der Staatsregierung und der Polizei für ihre Aktion gegen die Hochverräter ein ausdrückliches Vertrauensvotum aussprach.**

Der Sturz des Frank

Eine internationale Finanzkontrolle droht Frankreich

T. **Paris**, 18. Mai. (Eig. Drahtb.) **Der Frank zeigte am Dienstag einen neuen heftigen Sturz: die Kurse für angelsächsische Devisen haben eine neue Rekordhöhe erreicht. Das Pfund notierte mit 168,40 gegenüber 161,70 am Vortage und der Dollar mit 34,70 gegenüber 33,44. Dieses Abgleiten der französischen Währung steht in engem Zusammenhang mit dem ungünstigen Verlauf der in London geführten Verhandlungen zwischen den Finanzministern Peret und Churchill über die französischen Schulden an England. Das Problem der Gewährung von Stützungskrediten an Frankreich ist bisher gescheitert, da die internationale Hochfinanz als Vorbedingung für die Gewährung von neuen Krediten an Frankreich die Einführung einer Finanzkontrolle gestellt hat.**

Der Umsturz in Polen

Von unserm Warschauer Mitarbeiter

O. **Warschau**, 18. Mai.

Der Staatsstreich in Warschau hat äußerlich vorläufig einen gewissen Abschluß gefunden. Er ging hervor aus der letzten Kabinettskrise. Als das Ende vorigen Jahres gebildete Kabinett gescheitert war, versuchte man mit einer, wenn auch geringen, parlamentarischen Mehrheit ein ausgesprochenes Rechtskabinett zu bilden. Das war möglich, weil der Präsident dieses Kabinetts, der Bauernführer Witos, sich seit langem schon nach rechts entwickelt hatte, obwohl seine Partei ursprünglich der Linken des Parlaments angehörte. In den Kreisen der Linken wurde diese Regierung aber als eine Provokation aufgefaßt und da die innerpolitische Lage seit langem bis zum Aeußersten gespannt war, konnte der gewaltsame Anspruch nicht ausbleiben. Diese Spannung der inneren Lage beruhte vor allen Dingen auf der

immer mehr zunehmenden wirtschaftlichen Not.

Dazu kam, daß die Frage Pilsudski seit Monaten wieder eine besondere Rolle spielte.

Von der Linken wurde verlangt, daß Marschall Pilsudski, der nach seinem Rücktritt als Staatspräsident vor zwei Jahren sich eigentlich nur noch als Privatmann betätigte, wieder in amtlicher Stellung, und zwar an der Spitze der polnischen Heeresorganisation, offiziell auftreten sollte. Pilsudski war aber der bei der polnischen Rechten am meisten gehaßte Mann, so daß der Kampf um seine Persönlichkeit zugleich ein außerordentlich scharfer Kampf zwischen rechts und links war. Seine Popularität führte im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Not schließlich dazu, daß man in ihm, dem ersten Präsidenten Polens und einem Mann, dessen persönliche Lauterkeit allgemein bekannt war, denjenigen sah, der Polen aus seiner jetzigen trüben Lage herausführen konnte. Als statt dessen jedoch ein Rechtskabinett aus Ruder kam und dieses Kabinett sogar wagte, **gegen die Person Pilsudskis vorzugehen**, gab es kein Halten mehr. Einige in der Nähe Warschaus versammelte Pilsudskis treue Regimenter setzten sich in Marsch und der weitere Verlauf der Ereignisse vollzog sich dann fast zwangsläufig. Dieser Verlauf ist bekannt. Er führte nach schweren Kämpfen zu einer

militärischen Niederlage der Regierung,

die aus Warschau flüchtete und schließlich kapitulierte, als sie sich darüber klar war, daß sie auch unter den verbliebenen Truppen aus der Provinz nicht auf unbedingt sichere Gefolgschaft rechnen konnte. Der Staatspräsident dankte ab und der Präsident des Sejms berief als Stellvertreter ein Kabinett der Linken. Damit ist die verfassungsmäßige Situation wiederhergestellt, und das neue Kabinett betont immer wieder, daß es auf dem Boden der Verfassung steht und die verfassungsmäßigen Zustände sowie die öffentliche Ordnung unbedingt wiederherstellen werde.

Die Parteien, die jetzt die Regierung bilden, sind die polnischen Sozialisten und einige linksstehende Bauerngruppen. Die rechtsstehenden Parteien halten sich zunächst unter Protest fern, aber es ist vorläufig noch nicht abzusehen, ob sie diese Haltung im weiteren Verlauf beibehalten werden. Das ist insofern wichtig, als die jetzige Regierung sich nicht gegen die Stimmen der Rechtsparteien behaupten kann und vor allem die schon in den nächsten Tagen zu vollziehende Neuwahl des Präsidenten nicht im Sinne des Staatsstreiches ausfallen könnte. Wenn sich in der Nationalversammlung, das ist der Zusammenschluß des Sejms und des Senats, eine Mehrheit für einen der Lage entsprechenden Präsidenten nicht findet, würden die neuen Machthaber genötigt sein, zu neuen Maßnahmen ihre Zuflucht zu nehmen, die nicht im Rahmen der Verfassung liegen. Ebenso wird bei der jetzigen Zusammensetzung des Sejms dessen Auflösung, die von den Linksparteien auch dringend gefordert wird, sich nicht umgehen lassen, und auch hier kann es verfassungsmäßige Schwierigkeiten geben, da der Sejm nur durch eigenen Beschluß seine Auflösung aussprechen kann.

Immerhin ist anzunehmen, daß die Dinge in Polen einen vorläufigen Abschluß gefunden haben. Vor der neuen Regierung stehen aber die gleichen Aufgaben wie vor der alten, das heißt in erster Linie

die Rettung des Landes vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch.

Diese Aufgaben sind natürlich durch die Kämpfe nicht leichter geworden, als sie vorher waren. Gerade in letzter Zeit waren Bemühungen im Gange, englisches und amerikanisches Kapital für die Sanierung Polens zu interessieren und in den großen angelsächsischen Ländern ist auch ein allgemeines Interesse dafür vorhanden, normale wirtschaftliche Zustände in Europa wieder herbeizuführen. Es ist natürlich sehr zweifelhaft, ob die eingeleiteten Schritte für den Abschluß einer großen Außenanleihe nach den Ereignissen, die die Unsicherheit der Lage in Polen selbst gezeigt haben, bald zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Auch aktuelle Fragen, wie die des polnischen Anspruchs auf einen Sitz im Völkerbundrat, sind für Polen dadurch ungünstiger gestaltet, daß sein moralischer Anspruch, ein besonderes Element der Ordnung in Osten Europas zu sein, nicht mehr mit der Ueberzeugung vertreten werden kann wie

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19260519/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG